

18.9.2013

» Wie stehen Sie zum Schwangerschaftsabbruch bzw. der derzeitigen gesetzlichen Regelung in Österreich? Von verschiedener Seite wird die Forderung erhoben, anonymisierte Daten zum Schwangerschaftsabbruch (Quantität und Qualität/Motive) zu erheben, um gezielter Hilfeleistungen für Schwangere in Konfliktsituationen anbieten zu könne. Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag?

» Österreichische Volkspartei (ÖVP)

Als Familienpartei haben wir uneingeschränkte Achtung vor dem menschlichen Leben – dem geborenen und dem ungeborenen. Politik und Gesellschaft haben jene Bedingungen zu schaffen, die Abtreibung vorbeugen. Bereits mit dem Beschluss der Fristenlösung 1972 von der Regierung Kreisky wurden "flankierende Maßnahmen" als erforderlich erkannt. Diese Forderungen haben nichts von ihrer Dringlichkeit verloren:

- Anonyme statische Erhebungen und Motivforschungen, die maßgeschneiderte Hilfsangebote möglich machen.
- Ein bedarfsgerechtes und flächendeckendes Angebot lebensbejahender Schwangerschaftsberatung und –betreuung.
- Verbesserte Rahmenbedingungen für Adoption.
- Trennung von beratendem und abtreibendem Arzt.
- Verpflichtende Bedenkzeit zwischen Beratung und Durchführung.

» Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)

Bis Redaktionsschluss lag keine Antwort der SPÖ zu dieser Frage vor.

("Am Recht auf Selbstbestimmung darf nicht gerüttelt werden. Ein Schwangerschaftsabbruch muss in jedem öffentlichen Spital mit entsprechender medizinischer und qualitativer Ausstattung möglich sein. Darüber hinaus braucht es Schutz zonen vor Krankenhäusern und Kliniken, die Frauen vor psychischer Gewalt und Belästigung schützen." - Aus dem offiziellen Wahlprogramm.)

» Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Junge Frauen und Mädchen sehen sich oft in einer ausweglosen Situation, wenn sie schwanger werden. Entsprechend hoch ist die Abtreibungsrate. Da Kinder ein Segen sein sollen und keine Belastung, müssen diese jungen Frauen und Mädchen entsprechend unterstützt werden. Wenn sich eine junge Schwangere sicher fühlen kann, dass sie ihr Leben und ihre Ausbildung auch mit einem Kind meistern kann, wird sie sich wahrscheinlich eher für das Kind entscheiden, als wenn sie sich allein gelassen glaubt. Junge Mütter müssen auch nach der Geburt betreut werden. Eine Fachkraft, die ihr vor allem in der ersten Zeit hilft, im Alltag zurechtzukommen, muss vom Staat sichergestellt werden. Es handelt sich dabei um eine Investition in die Zukunft.

Nicht unerwähnt bleiben darf, dass hinter jeder Schwangerschaft schließlich ein Mann steht. Häufig sind es die "Väter", die die Partnerin dazu drängen, das gemeinsame Kind "wegmachen zu lassen". Nicht selten wird der emotionale Druck aufgebaut, man werde die Partnerin verlassen oder es dürfe eine bestehende Bindung nicht durch ein Kind von außen zerstört werden. Tatsache ist, dass nicht wenige Frauen ihr Leben lang an den Folgen eines Schwangerschaftsabbruchs leiden. Nachweislich viele psychische und physische Erkrankungen bei Frauen sind das Ergebnis einer oder mehrerer Abtreibungen.

» **Die Grünen**

Abtreibung ist ein letztes Mittel in einer Notsituation. Keine Frau macht sich diese Entscheidung leicht. Wenn sich die Frau aber gegen ein Kind entscheidet, soll der medizinische Eingriff in hygienischem Umfeld von ExpertInnen durchgeführt werden, ohne die Frau zusätzlich in Lebensgefahr zu bringen. Deshalb stehen wir zur Fristenlösung. Unser oberstes Anliegen ist es jedoch, Mut zum Kind zu machen.

Patientendaten sind sehr sensibel. Wie die aktuellen Debatten zeigen, kann Mißbrauch der Daten niemals 100% ausgeschlossen werden. Deshalb sind wir zum Schutze der PatientInnen gegen die Veröffentlichung derartiger Daten.

» **Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)**

Die derzeitige gesetzliche Regelung hat sich aus Sicht des BZÖ bewährt und soll beibehalten werden. Einer anonymisierten Erhebung statistischer Daten stehen wir grundsätzlich offen gegenüber. Sinnvoll erscheint dies deshalb, weil nur so belegt werden kann, dass die finanzielle Hilflosigkeit betroffener Frauen in vielen Fällen Beweggrund für eine oftmals traumatisierende Abtreibung ist und endlich ausreichende staatliche Unterstützungen notwendig sind.

» **Team Stronach**

Es gibt persönliche Situationen von Menschen - insbesondere die von Frauen - welche wir respektieren, wenn sie getroffen werden. Die Fristenlösung gehört dazu. Andererseits darf eine Schwangerschaft, in einem Land mit einem so hoch entwickeltem Sozialsystem wie in Österreich, für keine Frau mehr ein Grund sein, in die Armut abzudriften. Ein Hilfsfond kann ein erster Schritt dazu sein, jedoch setzt das Team Stronach auch hier auf weiterführende Maßnahmen wie z.B. steuerliche Begünstigungen, kostenlose Kinderbetreuungseinrichtungen und ein Schulsystem mit Ganztagsbetreuung. Einer anonymen Erfassung der Zahlen ohne Daten und ausschließlich über Ärzte und weiterer Daten, wenn diese von Betroffenen freiwillig zur Verfügung gestellt werden, stehen wir durchaus positiv gegenüber. Denn nur wenn solche Informationen bekannt sind, gibt es für die Verantwortlichen der Politik die Möglichkeit, darauf zu reagieren und Maßnahmen zu setzen. Ein anonymes Meldeportal im Internet zum Beispiel, bei dem auch Frauen, die selbst oder im Ausland eine Schwangerschaft abgebrochen haben, die Möglichkeit haben ihre Beweggründe anzugeben, kann durchaus sinnvoll sein. Von vorne herein muss jedoch klargestellt sein, dass solche Daten weder von Abtreibungsgegnern noch von Abtreibungsbefürwortern für ihre Zwecke verwendet oder argumentativ missbraucht werden dürfen.

» **NEOS | Das Neue Österreich**

Die derzeitige gesetzliche Regelung akzeptieren wir. Die Forderung, anonymisierte Daten zum Schwangerschaftsabbruch (Quantität und Qualität/Motive) zu erheben, um gezielter Hilfeleistungen für Schwangere in Konfliktsituationen anbieten zu können, ist eine gute Idee und zu unterstützen. Wir müssen nur ein sorgsames Auge auf den Datenschutz legen, aber das betrifft viele andere Bereiche auch.

» **Piratenpartei**

Die Piratenpartei Österreichs akzeptiert das verantwortungsvolle Selbstbestimmungsrecht des erwachsenen Individuums über seinen eigenen Körper. Dies impliziert die eigenverantwortliche Entscheidung der Frau über Schwangerschaftsabbrüche. Die Piratenpartei tritt für einen legalen Schwangerschaftsabbruch bis inklusive zum 3. Schwangerschaftsmonat (wie bisher ab der Nidation berechnet) ein, über diesen Zeitraum hinausgehend nur bei entsprechender gesundheitlicher Indikation, etwa bei Risiken für das Leben der Frau. Weiters soll künstliche Befruchtung auch alleinstehenden Frauen ermöglicht werden.

» **Christliche Partei Österreichs (CPÖ)**

Die CPÖ fordert alle versprochenen flankierenden Maßnahmen und ein Bundesgesetz für das Leben (siehe Pressemeldung im Anhang und unser Papier zum Lebensschutz).

» **Der Wandel**

Die derzeitige Regelung funktioniert, in der Praxis jedoch sollte Schwangerschaftsabbruch komplett legal sein und als Recht im Gesetz niedergeschrieben sein.

Bessere Beratung befürworten wir natürlich. Ob es dafür wirklich die Datenweitergabe braucht und es nicht andere Wege gibt, muss aber hinterfragt werden.

» **Sozialistische Linkspartei (SLP)**

Wir sind für Aufklärungsunterricht ab dem Kindergarten, kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln (ohne Information der Eltern etc.). Wir verteidigen das Recht von Frauen selbst über ihren Körper zu entscheiden und sind daher nicht nur für das formale Recht auf Schwangerschaftsabbruch sondern dafür, dass in jedem öffentlichen Spital kostenlos und medizinisch optimal Abbrüche durchgeführt werden. Wir sind aber auch für umfassende Unterstützung von Frauen, die Kinder bekommen möchten - d.h. Ausbau der Kinderbetreuung, günstige Wohnungen, Jobs die nicht im Widerspruch zu Kindern stehen etc.

» **Männerpartei**

Wir stellen uns gegen jede Idealisierung von Schwangerschaftsabbruch als "Freiheitssymbol" der Frauen. Die Diskussion wird seit Jahrzehnten aggressiv geführt. Hier hebt sich besonders das Frauenministerium wieder einmal hervor, in dem es in der Abtreibungsdiskussion ein negatives Männerbild zeichnet und jede Abtreibungswillige Frau pauschal in die Opferrolle

drängt. Es ist nicht einzusehen, warum ein werdender Vater keinerlei Mitsprache zu einer Abtreibungsentscheidung haben soll.

Von verschiedener Seite wird die Forderung erhoben, anonymisierte Daten zum Schwangerschaftsabbruch (Quantität und Qualität/Motive) zu erheben, um gezielter Hilfeleistungen für Schwangere in Konfliktsituationen anbieten zu könne. Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag?

Die Frage bitte ich zu konkretisieren: Wer soll die Daten erhalten, was soll damit bezweckt werden? Vorab kann ich dem Vorschlag Positives abgewinnen. Über die Zahl der Abtreibungen gibt es ebensowenig gesicherte Angaben wie über Vaterschaftsbetrug. Letzteren möchte ich an die Forderung anknüpfen.